

# Ökosteuern steigern die Vorherrschaft der Ökonomie vor der Politik!

(Ein Thesenpapier des Instituts für Ökologie, Fachbereich Politik & Wirtschaft)



## 1. Ökosteuern sind gefährlich

Die (unbestreitbar vorhandenen) positiven Wirkungen linearer Ökosteuern resultieren vor allem aus der Verteuerung des Rohstoffverbrauchs. Dadurch wird selbiger eingeschränkt, zumindestens dort, wo die finanziellen Mittel fehlen, die Mehrkosten zu tragen, oder das Investitionskapital für Modernisierungen vorhanden ist und sich rechnet. Doch diesen Vorteilen stehen eklatante Nachteile gegenüber, die in der Diskussion kaum oder nicht genannt werden:

- Entmachtung der Politik zugunsten der Wirtschaft:  
Mit der Einführung der Ökosteuer überläßt die Politik (in Deutschland: Parlamente und Regierungen) erneut ein Handlungsfeld dem Spiel der Kräfte am Markt (Deregulierung). Dieses Kräftespiel ist aber nicht gleichberechtigt, sondern aufgrund etlicher Gesetze und Verordnungen sowie durch den Einfluß auf die zentralen Verbände und die Regierungen sind große Konzerne bevorteilt. Durch die größeren Möglichkeiten, vor allem finanziellen Ressourcen, können große Konzerne auf die Einführung der Ökosteuer besser reagieren als kleine (Modernisierung, Rationalisierung).  
Mit der Ökosteuer regelt ein ökonomisches Mittel die Verteilung der Ressourcen und nicht ein demokratisches, d.h. politische Willensbildung. Nicht das, was die Menschen wollen, geschieht, sondern das, was mit Geld bezahlbar ist.
- Lohnkostensenkung bedrängt ausgebeutete Länder:  
Als Vorteil der Ökosteuerreform wird die Senkung der Lohnkosten angeführt. Dazu ist zunächst festzustellen, daß Deutschland keine hohen Lohnkosten hat. Zwar sind die Löhne und ihre Nebenkosten pro Zeiteinheit höher als in den meisten anderen Ländern, aber nicht

bezogen auf die Produktionsleistung (Lohnstückkosten). Damit aber müssen sog. Billiglohnländer konkurrieren. Werden in Deutschland die Lohnkosten gesenkt, so bedeutet das einen unabgefederten Druck auf andere Länder, dieses ebenfalls zu tun, um konkurrieren zu können. Da auch in anderen Ländern die Ausbeutung von Natur und Arbeitskraft nicht demokratisch, sondern ökonomisch bestimmt wird, ist mit einer steigenden Ausbeutung der Menschen zu rechnen.

- Höhere Rohstoffpreise drücken Lohnniveau: Eine Entlastung von Lohnnebenkosten wird nur bei ArbeitnehmerInnen greifen. In vielen Bereichen sind aber Strukturen entstanden (und entstehen weiter), in denen scheinbar Selbständige tatsächlich abhängige ZuarbeiterInnen sind, z.B. LKW-FahrerInnen als SpediteurInnen einzelner Betriebe. Bei ihnen werden die Lohnnebenkostensenkungen oft geringer ausfallen, die steigenden Rohstoffpreise müssen sie mit zusätzlicher Selbstaussbeutung auffangen. Ein Umstieg auf z.B. die Bahn kommt für sie individuell kaum in Frage.
- Politisches Potential wird verschenkt: Wenn Ökosteuern die Wirkung hätten, die ihnen immer nachgesagt wird, stellt sich die Frage, warum sie durchsetzbar sein sollen. Dazu gehört ein hohes gesellschaftliches Durchsetzungspotential im politischen und öffentlichen Raum. Wo das aber besteht, macht es mehr Sinn, statt eines so zweifelhaften bis gefährlichen Instrumentes wie die Ökosteuer lieber die Demokratisierung des Rohstoffverbrauches zu fordern.

Ökosteuern

## Umweltschutz von unten

**statt Markt & Macht  
Gegen Agenda, Ökokapitalismus & Co.**

<http://go.to/umwelt> & [www.projektwerkstatt.de](http://www.projektwerkstatt.de)



## 2. Die vorliegenden Vorschläge sind besonders untauglich

Die genannten Gründe reichen aus, die Ökosteuer als solches in Frage zu stellen. Die bis 1997 vorgelegten Vorschläge aber waren in noch weit größerem Umfang untauglich und bedeuteten eine zusätzliche Bevorzugung der meisten der ohnehin bevorzugten Großkonzerne. So zeigten sie auch die politischen Ziele derer, die die Vorschläge machten – von Grünen über die NGOs bis zu modernen Industrie-Lobbyisten wurde überall die Nähe zu Markt und Profit gesucht. So enthielten z.B. die Ökosteuerkonzepte von Bündnis 90/Grünen eine Ermäßigung von 80 Prozent für alle energieintensiven Konzerne<sup>1</sup>, das Konzept der Umweltverbände ging 1997 auch von diesem Wert aus<sup>2</sup>, 1998 wurde in einem neuen Vorschlag der von diesen Konzernen noch zu zahlende Steuerbetrag sogar nochmals halbiert (jetzt 90 Prozent Ermäßigung, d.h. statt 20 Prozent zahlen sie jetzt nur noch 10 Prozent dessen, was andere Firmen zahlen).<sup>3</sup> Teile der SPD befürworten eine Ökosteuer mit Ausnahmeregelungen für alle Firmen. Mit dem Parteitagsschluß der Grünen für einen Benzinpreis von 5 DM/Liter in zehn Jahren dokumentieren die ÖkosteuerbefürworterInnen auch öffentlich, daß es ihnen vor allem um die Besteuerung der Haushalte, nicht aber der Industrie geht.

Verabschiedet wurde dann eine Ökosteuer, die generell eine Ermäßigung für das produzierende Gewerbe (die Deutsche Bahn AG z.B. dagegen nicht!) vorsah sowie im Bereich der Privathaushalte unter anderem für die stromfressenden Nachtspeicherheizungen.

Die benannten Ausnahmeregelungen bedeuten:

- Rabatt für die, die viel Energie verbrauchen: Wer durch Produktionsprozesse oder Stromheizung relativ viel Energie verbraucht, wird belohnt. In der Praxis sind das auch Großkonzerne, deren Tätigkeit aus ökologischer Sicht eigentlich überwunden werden sollte: Aluminium, Chlorchemie, Zement oder Kunstdünger, aber auch die Neuproduktion von Stahl und Kunststoffen. Alle genannten Produktionszweige sollten aus ökologischer Sicht eher verschwinden (bzw. durch Recyclingwirtschaft, Reparatur- und Mietangebote ersetzt werden). Durch die Ermäßigung werden sie aber erhalten, Neuproduktion gegenüber Dienstleistungsangeboten (Mietservice u.ä.) sogar unterstützt, weil letztere die Energiesteuer voll zahlen müssen.
- Rabatt für die, die zur Zeit immer mehr verschwenden: Nach offizieller Statistik haben die Haushalte 1997 ca. 3 Prozent Strom eingespart, während die Industrie den gleichen Anteil zusätzlich verbraucht hat.<sup>4</sup> Dennoch sollen jetzt große Teile des Industrieverbrauches entlastet werden (die zahlenmäßig wenigen energieintensiven Konzerne verbrauchen den Großteil der Energie).
- Rabatt für die, denen es gut geht: Viele der von der Ermäßigung betroffenen Industriezweige sind leistungsstark und fahren zur Zeit große Gewinne ein. Ihnen würden Investitionen zum Rohstoff- und Energiesparen wenig wehtun. Dennoch werden sie entlastet. Belastet werden dagegen andere, die es schwer haben werden, auf die Preissteigerungen zu reagieren (zumal Hilfen zur Produktionsumstellung kaum oder nicht vorgesehen sind). Somit ist eine zunehmende Monopolisierung durch die Ökosteuer zu erwarten, da viele kleinere Betriebe geschwächt werden.

## 3. Hinter der Ökosteuerdebatte stehen eigennützige Interessen

Bei näherer Analyse wird deutlich, daß die jetzt wiederbelebte Debatte um eine ökologische Steuerreform vor allem denen dienen soll, die sie führen: Der Partei Bündnis


90/Grüne sowie Teilen der SPD und den Umweltverbänden.

- Ökosteuer als Wahlkampfhit: Große Teile der Grünen sowie die ihnen nahestehenden Kreise der SPD fordern den ökologischen Umbau der Gesellschaft jedoch als Wahlkampfthema, ohne in tatsächlich zu wollen. Im Kern weisen die Programme beider Parteien eine ähnliche neoliberale Politik (Ökonomie vor Politik) auf wie die von CDU, F.D.P. und anderen. Die Ökosteuer dient als Feigenblatt für einen neoliberalen Kapitalismus im "grünen Mäntelchen" und wird als Fortschritt für den Umweltschutz bezeichnet. Das aber wird sie nicht sein (siehe oben), vor allem aber nicht als Beiwerk zu sonstigen politischen Beschlüssen, die ökologische Ziele völlig verfehlen.
- Ökosteuer als Imagekampagne: Für die Umweltverbände bietet sich die Chance, in der Erwartung eines rotgrünen Regierungswechsels das eigene Image aufzupolieren und sich nachdrücklich bei SPD und Grünen als loyale Organisationen zu empfehlen. Die aktuelle Ökosteuerkampagne der Verbände DNR, BUND und NABU ist inhaltlich mit den Grünen sowie Kreisen der SPD um deren Umwelt-Männer Ernst-Ulrich von Weizsäcker und Michael Müller abgestimmt, wird von den Grünen finanziert, zudem stehen einige der im Vordergrund aktiven Personen auf aussichtsreichen Listenplätze der SPD oder der Grünen für die Bundestagswahl. Für die Zeit nach der Wahl erhoffen sich die Verbände so, künftig in der ersten Reihe stehen zu können als PolitikberaterInnen, ZuschußempfängerInnen usw. Für die SpitzenfunktionärInnen winken Ämter und Anstellungen in Ministerien, Fachämtern, Gremien und Kommissionen.

Hinzu kommt, daß die Ökosteuer auch in weiten Kreisen der Industrie bis hin zur Großindustrie beliebt ist. Dadurch gelingen inzwischen gemeinsame Werbekampagnen z.B. mit Daimler-Firmen oder Chemiekonzernen. Die Spenden aus dem Bereich der Großkonzerne nehmen zu.

- Lobbyarbeit statt öffentlicher Aktion: Das Eintreten für die Ökosteuer paßt in die Entwicklung der Umweltverbände seit ca. einem Jahrzehnt. Konfrontative Aktionsstrategien werden gemieden. Dafür gibt es angesichts von Deregulierung, neuem Atomgesetz, Globalisierung usw. keinen inhaltlichen Grund, sondern nur den des Eigennutzes. Die Verbände nehmen Platz an den Tischen der Mächtigen. Dadurch steigt ihre Durchsetzungsfähigkeit nicht, aber die individuellen Karrierechancen der Beteiligten, der Zugriff auf Informationen und Fördergelder sowie Imageerfolge, weil die Mitarbeit an den Verhandlungstischen suggeriert, daß das Gewicht der beteiligten Organisation entsprechend hoch ist.

### Institut für Ökologie



**Suchen Sie ReferentInnen?**

**In Themen wie Naturschutz Abfallwirtschaft Ökonomie & Ökologie Betriebl. Umweltschutz Energie Biologie, Ökologie Umweltpädagogik?**

Gegen 2,20 DM in Briefmarken schicken wir Ihnen unsere Informationen und ReferentInnenlisten zu.

Institut für Ökologie  
Ludwigstr. 11  
35447 Reiskirchen  
06401/90328-3, Fax -5

### Institut für Ökologie



**Ökosteuer, Agenda, Nachhaltigkeit ... alles Modethemen?**

**Wir bieten kritische Positionen zu aktuellen Themen!**

Gegen 2,20 DM in Briefmarken schicken wir Ihnen unsere Informationen und ReferentInnenlisten zu.

Institut für Ökologie  
Ludwigstr. 11  
35447 Reiskirchen  
06401/90328-3, Fax -5

## 4. Alternativen

Die Ökosteuer bringt in der Sache wenig und ist mit erheblichen Gefahren verbunden. Die aktuell vorliegenden Ökosteuvorschläge sind noch zusätzlich entschärft, verringern die wenigen positiven Wirkungen und verstärken die negativen.

Statt der aktuell diskutierten Vorschläge für eine Steuerreform sind sinnvoll:

- **Lineare Energietarife:** Eine Ökosteuer ist in weiten Teilen überflüssig, wenn nur die ständigen Subventionen abgebaut würden. So erhalten z.B. große Konzerne ihren Strom zu Preisen, die nur einen kleinen Teil der Kosten für Haushalte ausmachen. Flugbenzin ist steuerfrei. Wer viel verbraucht, erhält also Rabatt. Das widerspricht jeglichem ökologischen Ansatz und der Forderung nach linearen Tarifen. Erster Schritt muß also sein, die Energiepreise so anzugleichen, daß nicht die am wenigsten zahlen, die am meisten verbrauchen, also die Umwelt am meisten belasten.

Wenn dann eine Ökosteuer hinzukommt, muß sie dort wirken, wo die Einsparpotentiale am größten sind, d.h. bei den GroßverbraucherInnen der Industrie und überall dort, wo Energie überdurchschnittlich verbraucht wird. So könnte beispielsweise pro Haushalt bzw. pro Person eine Grundenergiemenge unbesteuert bleiben und die Ökosteuer nur für den Mehrverbrauch gelten, dann aber mit höheren Sätzen. Ähnlich könnte mit Betrieben vorgegangen werden. Ermäßigungen für energieintensive Betriebe sind Unsinn – es muß Ziel sein, diese Produktionsbereiche zu ersetzen (Substitution).

- **Demokratisierung des Naturverbrauchs:** Natur, damit auch die Rohstoffe, sind Teil der menschlichen Umwelt. Die Menschen sind die Betroffenen jeglicher Nutzung und Belastung. Schon die Übernahme der Entscheidungskompetenz in anonyme, nicht betroffene Parlamente und Regierungen entdemokratisiert die alle Menschen betreffende Frage des "Verbrauchs" von

Natur. Noch schlimmer wird es, wenn nun Parlamente und Regierung sich selbst durch Regelungen entmachten, die zukünftig die Frage des Natur"verbrauchs" noch mehr zum Gegenstand ökonomischen Handelns machen, also zu einer Frage des Geldes.

Statt ökonomischer Regelungen sollte der Verbrauch von Flächen und Ressourcen demokratisiert werden, d.h. die Menschen der jeweiligen Region entscheiden über die Nutzung der Natur, in der sie leben. Nötig ist nicht eine Ökosteuer, sondern ein Menschenrecht auf die Entscheidungsgewalt über die eigene Umwelt.

## Quellen

<sup>1</sup>Pressemitteilung 584/96 vom 3.7.1996 der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen. Redebeitrag von MdB Michaela Hustedt am 3.7.1996 vor der Presse in Bonn. FR-Text am 4.7.1996: "Auch Grüne wollen Industrie von Ökosteuer entlasten".

<sup>2</sup> Deutscher Naturschutzring (1997): Ökologische Steuerreform, Positionspapier. Bonn. DNR-Kurier 6/1997, S. 4.

<sup>3</sup> C. Krebs, D. Reiche, M. Rocholl (1998): Die ökologische Steuerreform. Birkhäuser, Basel.

<sup>4</sup> Kurzmeldungen Tagespresse

Text von August 1998, leicht aktualisiert nach Veränderung der vor der Wahl angekündigten Steuersätze.

# Dieses Haus sucht eine neue radikal-politische WG!

**500qm in 3 Gebäudeteilen**      **649qm Grundstück**      **Platz für Bauwägen**  
**Solar- und Regenwasseranlage**      **KABRACK!archive**      **Tagungshaus**

Wir träumen davon, daß eine politische Gruppe dieses Haus übernimmt und als politisch-autonomes Zentrum weiterführt. Denn das war es immer!

Das Haus besteht aus Scheune, Zwischengebäuden und Haupthaus. Alle sind baubiologisch renoviert, gedämmt und eingerichtet.

Wohnhaus mit ...  
... großen Dachraum  
... Küche, Bad, WC getrennt  
... Keller  
... großer Terrasse (im Bau)  
Tagungshaus mit ...  
... Seminar- und Arbeitsräumen  
... Bibliothek, Archive usw.  
... 2 Bettenräumen mit 18 Betten  
... Gruppenküche und -sanitäräume  
... schallisierter Feten-/Probenraum  
... Werkstatt

Alles mit ...  
... Solar- und Regenwasseranlage  
... Zentralheizung (Solar und Holzkessel)  
Garten mit ...  
... Sitzecken, Liegewiese  
... Gewächshaus, Wohnhütte  
... Platz für 3-4 Bauwägen  
Das Dorf ...  
... mit eigenem Bahnanschluß  
... 18km östlich von Gießen

Die konkrete Idee:  
Eine WG, die das Haus als politisches Zentrum aufrechterhält, selbst in verschiedenen Zusammenhängen aktiv ist, sich austauscht, vernetzt, initiiert, diskutiert ...  
Alles Näheres wäre zu besprechen, auch materielle Fragen, die Form einer solchen WG usw.  
Kontakt: Projektwerkstatt, 06401/903283

Emanzipatorischer Umweltschutz steht für ökologische Strategie, die die Menschen zu den Entscheidenden machen. Selbstbestimmtes Leben, eine emanzipatorische Gesellschaft ohne Obrigkeit oder Wirtschaftsdominanz und der Schutz der Lebensgrundlagen gehören zusammen.

Ein wichtiges Element ist eine selbstkritische und kreative Diskussion um die politische Ziele und Strategien. Das hier vorliegende Papier dokumentieren wir, weil es Teil unsere Debatte ist. Es ist nicht die Meinung aller – darauf kommt es nicht an. Wir wollen nicht gleichschaltet werden, und wir schalten uns nicht gleich. Wer an den Debatten teilnehmen will, kann das gerne. Nähere Infos unter <http://go.to/umwelt> und [www.projektwerkstatt.de](http://www.projektwerkstatt.de).

## Zitiert: Ökologische Steuerreform als marktorientierter Umweltschutz

Quelle: Auszug aus der Zeitschrift Kommune 9/96 (S. 45). Der Text stammt von Michael Jäger und heißt "Ökologischer Umbau durch Befreiung des Marktes"

So ist das Ökosteuer-Konzept tief in der freien Marktwirtschaft verwurzelt, in dem es die Begriffe von "Angebot und Nachfrage" definiert. ... Das Ökosteuer-Konzept kommt einer "naiven Verherrlichung des Marktes" leider ziemlich nahe.

## Zitiert: Ökologische Steuerreform als Wirtschaftsmotor

Quelle: Aussagen von Martin Jänicke im Film "Zukunftsfähiges Deutschland" (focus-Film). Der Film wird u.a. vom BUND vertrieben. Prof. Martin Jänicke arbeitet an der Universität Berlin und gilt als Experte für die ökologische Steuerreform und Befürworter der modernen ökologisch-ökonomischen Instrumente.

Man muß im Gegenteil befürchten, daß Deutschland seine Vorreiterrolle im Umweltschutz in der Europäischen Union verliert. Wir sind ja der weltgrößte Exporteur von Umweltschutz-Technik. Und das hat mit unserer Umweltpolitik viel zu tun gehabt, und seitdem die nachläßt, ist durchaus zu befürchten, daß wir diese Position verlieren. Ich denke, es ist außerordentlich wichtig, daß man in der Tat so eine Steuerreform wirtschaftsverträglich einführt.

## Emanzipatorischer Umweltschutz im Internet:

<http://go.to/umwelt> und [www.projektwerkstatt.de](http://www.projektwerkstatt.de).

# Umweltschutz von unten

Die Debatte um den emanzipatorischen Umweltschutz ist offen. Sie schafft keine festgefügte, handlungsfähige Struktur. An ihr beteiligen sich Einzelpersonen oder Gruppen – aus Basisinitiativen, Instituten, Verbänden oder aus anderen Zusammenhängen. Konkrete Aktionen werden immer von den Teilen des Ganzen ausgeführt. Alles, was existiert, besteht deshalb, weil sich Einzelne darum gekümmert haben. Vielfalt statt Hierarchie!

**Umweltschutz von unten:** Unter der Adresse <http://go.to/umwelt> finden sich Texte, Projektbeschreibungen und mehr zur Debatte um den emanzipatorischen Umweltschutz.  
**Internetseiten**  
**Virtuelle Projektwerkstatt:** Ein Riesenschatz mit Themenseiten, Terminkalendern, Adressenlisten, Diskussionen und Zitatesammlungen, Hintergründe und viel viel mehr. Das Besondere: Die Seite führt zu allen Themen auch Links zu anderen Seiten auf – wir haben keine Lust auf Zensur und Spalterei bis ins Internet hinein!!! Die [www.projektwerkstatt.de](http://www.projektwerkstatt.de) ist damit eine optimale Einstiegsseite.  
**Hoppetosse – Netzwerk für kreativen Widerstand:** Diskussion um Strategien von Widerstand, emanzipatorische Utopien, Termine, Hintergründe ... [www.hoppetosse.net](http://www.hoppetosse.net).

**ReferentInnenvermittlung:** Wer Lust hat, eigene Veranstaltungen (Vorträge, Seminare, AKs auf Kongressen u.ä.) zu kritischen Positionen z.B. zu Agenda, Nachhaltigkeit, Ökosteuer, Filz im Umweltschutz, NGOs, rechter Ökologie usw. sowie zu den Ideen von Umweltschutz von unten und weiteren Themen (Freie Menschen in Freien Vereinbarungen, Direkte Aktion, Organisation von unten usw.) durchzuführen, kann nach ReferentInnen nachfragen.

### Reader und Veröffentlichungen:

**Agenda, Expo, Sponsoring – Band 1: Recherchen im Naturschutzfilz.** Infos zum Filz zwischen Umweltschutz, Wirtschaft und Staat. Beschreibung der Umweltverbände und -einrichtungen. Rechte Ökologie, Esoterik, Agenda/Nachhaltigkeit, Anbiederung, Umweltparteien u.v.m. 400 S., IKO. 39,80 DM (20 Euro).

**Band 2: Perspektiven radikaler emanzipatorischer Umweltschutz.** Kapitel Naturschutz, Ökonomie, Umweltbildung und mehr. 280 Seiten, IKO-CD "Agenda, Expo, Sponsoring". Gescannte Dokumente, Internetzeile und mehr zum Filz. Mit Acrobat-Reader. Für DOS, Windows, Apple, Linux. 49,80 DM (25 Euro).

**Gesamtpaket (2 Bände plus CD):** 115 DM pro Paket (60 Euro).

**Aktionsmappe Umwelt:** Der Leitfaden für BIs und Umweltgruppen. A4-Ordner. 29,80 DM (15 Euro).

**Jugendaktionsmappe Umwelt:** Tipps für die Jugendumweltarbeit. A4-Ordner, 4,80 DM.

**Traue Seiten:** die kommentierte Umweldressenliste. A6, 64 Seiten. 5 DM.  
**Reader** zu Ökonomie von unten, Agenda 21, Politik von unten, Ökonomie&Ökologie, Ökostrom von unten, Umweltgerecht bauen, Umweltschutz auf Großveranstaltungen. A4, je ca. 70 S., je 12 DM. (6 Euro)

**Was System ist schuld.** Broschüre zu den Ursachen der Umweltzerstörung. A5, 24 S. 3 DM  
**Freie Menschen in Freien Vereinbarungen.** Utopien und Gegenentwürfe zu Markt und Staat. A5, 19,80 DM (10 Euro)

**Food-Koop Handbuch.** Praktische Tipps für Lebensmittelkooperativen (Gründung, Rechtsform, Praxis). A5, 16,80 DM (9 Euro)

**Ö-Punkte:** Seit Ende 1997 existiert dieser Infodienst für kreative Politik, Umweltschutz, direkte Aktion. Er erreicht ca. 12.000 Basis-AkteurInnen in Verbänden, Initiativen, Einzel-Aktionen, Redaktionen vierteljährlich alle wichtigen Informationen zusammengestellt. Und: Debatte um Strategien und Positionen ohne Neigung zu Verbandsmeierei oder öko-neoliberalen Ideen. 20 DM im Abo, Einzelheft gegen je 2 DM (plus einmalig 2 DM Porto oder je 1 Euro). Bisherige Schwerpunkte (noch nachbestellbar): Windenergie, Agenda 21, Direkte Demokratie, Utopien, Naturschutz, Weltwirtschaft, Expo 2000, Tipps für Gruppen, Umweltbildung, Verkehr, Bewegung von unten, Ökonomie, Ö-Punkte, Direct Action, Klimaschutz, Utopien II, Grünes Geld. Adresse: gmx.de.

**Ö-Depots:** In etlichen Städten sind Verkaufsstellen für die Veröffentlichungen entstanden. Eine Liste wird jeweils in den Ö-Punkten veröffentlicht. Interessierte Buchläden, Büchertische, Versände, Infozentren usw. sollten sich melden. Ebenso werden RegionalverteilerInnen für die Ö-Punkte gesucht.

**Mailingliste:** Eine ständige Debatte ist über einen Email-Verteiler organisiert. Wer dort mitlesen und -schreiben will, kann sich über das Mailinglisten-Formular der [www.projektwerkstatt.de](http://www.projektwerkstatt.de) eintragen.

**Seminare und Veranstaltungen:** Zu verschiedenen Themen aus der Diskussion finden Seminare, Workshops und mehr statt. Termine in den Ö-Punkten oder auf den Terminkalendern von [www.projektwerkstatt.de](http://www.projektwerkstatt.de).

**Der schnellste Weg zu mehr Infos:**  
**Infopakete** "Umweltschutz von unten" gegen 6 DM (ca. 3 Euro) bei der Projektwerkstatt, Ludwigstr. 11, 35447 Reiskirchen-Saasen. [www.projektwerkstatt.de](http://www.projektwerkstatt.de).

